

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wilsdruff, Tharandt,
Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.
Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. 67.

Dienstag, den 23. August

1881.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 27. August dss. Js.,

Vormittags 9 Uhr.

findet im hiesigen VerhandlungsSaale öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses Statt.
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in hiesiger Hausflur zu ersehen.
Meißen, am 18. August 1881.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Hoffe.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgericht soll

den 15. October 1881

das dem Schmiedemeister Eduard Hermann **Mosch** in **Wunzig** zugehörige Haus- und Gartengrundstück Nr. 38 des Katasters, Nr. 35 des Grund- und Hypothekensbuches für Wunzig, welches Grundstück am 25. Juni 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

3045 Mark —

gewürdigt worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.
Wilsdruff, am 28. Juni 1881.

Königl. Amtsgericht daselbst.
Dr. Gangloff.

Kenner, Adv.

Tagesgeschichte.

Während alle anderen politischen Parteien in Preußen sich für die Wahlkampagne rüsten, herrscht dort auch innerhalb der national-liberalen noch vollständige Ruhe. Herr v. Bennigsen weist in der Schweiz und läßt die Dinge an sich herantommen. Herr von Bennigsen denkt noch keineswegs daran, das Tischloch zwischen seiner Partei und dem Reichskanzler zu zerbrechen, und es muß konstatiert werden, daß die gesammte offizielle Presse ihn und seinen Anhang bis jetzt nicht molestirt, sondern nur denjenigen Theil der Partei angegriffen hat, welcher sich mehr den Sezessionisten zuwendet. Die Nationalliberalen verhalten sich ruhig und greifen wenig in die Agitation ein; sie wissen übrigens, daß sie bei den Wahlen eine nicht unerhebliche Zahl einbüßen werden. Was jetzt vielfach als nationalliberal bei den Wahlen bezeichnet wird, kann mehr zu den Freikonservativen gezählt werden; in der nationalliberalen Partei sitzen zahlreiche Anhänger der Schutz-zollpolitik des Kanzlers, und deshalb hat man auch in dem letzten Maniifest die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, vollständig offen gelassen. Es wird übrigens nach Verkündung des Wahltermins noch eine Ansprache der Nationalliberalen an die Wähler erwartet.

Die jüngste Zeit hat uns sowohl aus dem Munde der Provinzial-Korrespondenz wie auch von anderer Seite her recht schätzenswerthe Aufklärungen über das sozialpolitische Programm des Reichskanzlers gebracht. Das offizielle Blatt stellt die Hauptgrundzüge dieses Programms zusammen: Nationale Wiedergeburt und innere Erstarkung Deutschlands auf gesunden wirtschaftlichen Grundlagen, wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande, Stärkung der Finanzkraft des Reiches durch gerechtere Vertheilung der Steuern, Ausbildung des Systems der indirekten Steuern, Befreiung der Gemeinden von einem wesentlichen Theile der öffentlichen Schul- und Armenpflege und anderer Lasten, Hebung der landwirtschaftlichen und industriellen Gewerbe u. s. w. Auch über die Mittel und Wege zur Durchführung dieser Reformen haben wir eine Andeutung durch die Auslassungen des Professors Wagner in seiner Elberfelder Wahrede erhalten, wonach Fürst Bismarck fest entschlossen ist, das Tabaksmo-nopol zu schaffen, um aus dessen Erträgen vor Allem die Arbeiter-versicherung durchzuführen, da das Tabaksmo-nopol zu den Lieblings-projekten des Reichskanzlers gehört, so ist nicht zu zweifeln, daß derselbe mit bekannter Energie an die Durchführung dieses Projektes gehen wird.

Wie berichtet wird, soll zu den Vorlagen, welche dem Reichstage in der nächsten Session zugehen werden, ein bereits ausgearbeiteter Gesetzentwurf, betreffend die Revision des Titels III, der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, gehören. Bekanntlich ist durch die Gewerbeordnung vom 21. Januar 1869 im Interesse der gewerblichen Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit überhaupt ein großer Theil der früheren polizeilichen Beschränkungen des Hausir-handels gefallen. Einzelheiten über den Gesetzentwurf sind noch nicht bekannt geworden.

Karlsruhe, 20. August. Die „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung der Regierung, dementirend die Gerüchte über eine Erhebung Badens zum Königreich. Solche Absichten seien weder geschäftlich noch persönlich zur Sprache gebracht und den Wünschen und Überzeugungen des Landesherren, sowie der Regierung durchaus zuwider. Die Anschauungen, welche Karl Friedrich bei der Ablehnung der Königskrone einst leiteten, habe heute noch Großherzog Friedrich als weißes Vermächtniß bewahrt.

Weg, 15. August. Einer langjährigen Gepflogenheit gemäß, wurde gestern seitens des hiesigen deutschen Turnvereins eine Wand-berung nach den Schlachtfeldern des 16. und 18. August unter-nommen, bei welcher Gelegenheit die Gräber und Denkmäler der Ge-fallenen mit Blumen und Kränzen geschmückt wurden; auch von außer-halb waren, wie alljährlich, zahlreiche Blumen Spenden von Angehörigen

bei dem Turnverein mit der Bitte eingegangen, dieselben an den Gräbern niederzulegen. Der Besuch wurde auf die Schlachtfelder von Gravelotte, St. Privat und Bionville ausgedehnt, während nach dem Schlachtfeld von Colomby-Neuveville eine besondere Abtheilung des Vereins deputirt wurde. Eine große Anzahl von Gräbern fand sich bereits durch die Kriegergräberwärter geschmückt vor, und boten die zahllosen blumengeschmückten Heldengräber einen wehmüthig-freund-lichen Anblick dar. Den Hinterbliebenen der Gefallenen im alten Vaterlande kann man jedenfalls die beruhigende Zusicherung geben, daß für die Gräber in pietätvollster Weise von allen Seiten gesorgt worden ist.

Nach einem Privat-Telegramm des Berliner Tageblattes hat die am 17. ds. zu Dortmund stattgefundene Generalversammlung des deutschen Gustav-Adolf-Vereins dem Gustav-Adolf-Hauptverein in Wien 80,000 Mark zur Säcularfeier der Toleranz-Edikte in Oester-reich überwiesen, um in Wien eine Pensions-Anstalt für evangelische Lehrer und Prediger und deren Hinterbliebenen ins Leben zu rufen.

Der Brand des tschechischen Nationaltheaters in Prag hat die Gemüther der Tschechen tief erschüttert. Sie sind gerührt von der ihnen Seitens der Deutschen bezeugten Theilnahme und wünschen, daß das Unglück die beiderseitige Annäherung fördern möge. Vielleicht, sagt eines der tschechischen Blätter, war dieser betäubende Schlag noth-wendig, damit unter den beiden nationalen Stämmen, welche dieses schöne Vaterland bewohnen, die Brüderlichkeit und Herzlichkeit wieder zur Herrschaft gelangt. Vielleicht gelingt es, auf dieser menschlichen Grundlage zu einer Verständigung zu gelangen, die man durch das politische Parteienwesen bisher nicht erreichen konnte. Wird diese Ver-ständigung zur That, dann wird sie nicht allzu theuer mit der Million erkauft werden, die bei dem Brande zu Grunde ging. Hoffentlich ist diese Stimmung von Dauer.

In italienischen Blättern taucht immer wieder das Gerücht auf, daß König Humbert dem Kaiser von Oesterreich demnächst einen Besuch abstatten werde. Der in Verona erscheinende „Adige“ bringt die Nachricht, daß die Begegnung zwischen beiden Monarchen in Salz-burg stattfinden würde, während die „Gazetta Piemontese“ in Turin von einem Besuche des „Hofes von Wien“ spricht, dem sich ein Besuch des „Hofes von Berlin“ anschließen würde. Bis jetzt ist aber weder von den offiziellen Kreisen in Rom noch von denen in Wien einer der-artigen Bewegung ernsthafte Erwähnung gethan worden und es scheint die Zusammenkunft der Herrscher Oesterreichs und Italiens daher nur ein Lieblingswunsch gewisser italienischer Kreise zu sein.

Aus Rußland Grauel über Grauel! Auch im Westen des Reiches sind in neuester Zeit Städte und Orte niedergebrannt, die vorwiegend von Israeliten bewohnt waren, und zwar liegt hier, wie allgemein vermutet wird, Brandstiftung vor. Abbrennen in Rußland ist aber gleichbedeutend mit der Vernichtung aller Existenzmittel. Bis Ende Juni zählte man daselbst 16 theils größere, theils kleinere abgebrannte Städte, nämlich: Witebsk (23 000 Einw.), Bobruisk (23 000), Slonim (20 000), Mohilew (25 000), Wolkowsk, Nowogrudek, Lypk, Setel, Darabisk, Neustadt-Schirwindt, Augustowo, Ponowick, Krakanowo, Schwodom, Podjelwi, Radzt und mehrere kleinere Ortschaften. Bis jetzt ist eine ganze Anzahl neuer Brände vorgekommen, die beiden schrecklichsten von Allen zu Kozez und Winsk. In Kozez sind 1020 Häuser und Läden abgebrannt, darunter die große Synagoge und 11 kleine Bethäuser. Alles gerettete Gut ist nachträglich von den Flammen erfaßt und mitverbrannt, 39 Menschen haben ihr Leben verloren, 5000 Menschen sind vollkommen brodtlos, neun Zehntel der Einwohner ohne Obdach. Noch schrecklicher sieht es in Winsk aus, welches mindestens dreimal so große Verluste erlitten hat.

England und Irland haben mit athemloser Spannung den Verlauf der Dinge beobachtet, wie er sich in den letzten Tagen im Parlament abgepielt hat und der zu einer Versöhnung der Gegen-sätze zwischen dem Oberhaus und dem Unterhaus im Bunde mit der